

2

Wo wir hinmüssten: Die „Gesellschaft der Klimawende“

2.1

Der lange Weg zur klimaneutralen Gesellschaft

Wir leben in Karbongesellschaften – unsere politischen Institutionen, wirtschaftlichen Infrastrukturen und sozialen Routinen sind tief in fossile Energiesysteme eingebettet. Entsprechend kann auch der Übergang zur Klimaneutralität nicht allein als technisches Problem der Substitution einer Form der Energieerzeugung durch eine andere verstanden werden. Die politische und gesellschaftliche Dimension der Dekarbonisierung rückt daher zunehmend in den Fokus, etwa in Konzepten einer *Carbon Democracy* (Mitchell 2011) oder von *Carbon Societies* (Wagner 2024), die die tiefe Verzahnung von Formen fossiler Energieerzeugung und dem Aufbau politischer Institutionen und gesellschaftlicher Ordnungsentwürfe betonen.

Vor diesem Hintergrund nimmt dieses Kapitel die gängigen Klimaneutralitätsszenarien für Deutschland in den Blick – mit besonderem Fokus auf die ihnen zugrunde liegenden Vorstellungen von gesellschaftlichem Wandel und politischer Steuerung. Grundlage der Analyse ist ein Vergleich zentraler Szenarien sowie ein Expert*innen-Workshop zum Thema, der im Januar 2025 an der Universität Hamburg stattfand.

Ausgehend von diesen Szenarien arbeiten wir die Konturen einer „**Gesellschaft der Klimawende**“ heraus. Damit ist die Einsicht gemeint, dass mit den klimapolitischen Zielsetzungen nicht nur technische, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen verbunden sind. Umstritten bleibt jedoch, welche Veränderungen dies konkret impliziert – und welche Zukunftsbilder damit verknüpft

werden (Adloff et al. 2024): etwa Projekte einer „ökologischen Modernisierung“ ohne grundlegenden Wandel der Wirtschafts- und Politikformen (Mol und Sonnenfeld 2000), der Übergang zu einer „Postwachstumsgesellschaft“ (Schmelzer und Vetter 2019) oder die Orientierung hin zu dekolonialen und „pluriversen“ Wirtschafts- und Lebensweisen (Escobar 2011).

Unser Untersuchungsobjekt, die „Gesellschaft der Klimawende“, verstehen wir somit als das Ensemble jener gesellschaftlichen Veränderungsprozesse, die sich im Zuge der konflikthaften Umsetzung der Klimaziele herausbilden. Im Zeitverlauf zeigt sich dabei, in welchem Maße diese Prozesse tatsächlich zur Erreichung der gesetzten Klimaziele beitragen – oder ob sie dafür unzureichend bleiben.

Wir nehmen dabei einerseits eine empirisch-analytische Beobachtungsperspektive auf eine Gesellschaft ein, die sich unter dem Druck der sich verschärfenden Klimaproblematik – und im Kontext weiterer gleichzeitiger Umbrüche – verändert.¹ Andererseits vergleichen wir diese beobachteten Veränderungen mit den normativen Erfordernissen der Transformation zur Klimaneutralität, wie sie sich aus der folgenden Zusammenschau und dem Vergleich zentraler Klimaneutralitätsszenarien ergibt.

1 Das ist auch die Forschungsperspektive, die von den Editoren des Handbuchs „Die sozial-ökologische Transformation der Welt“ (Campus 2026) Karl-Werner Brand und Basil Bornemann verfolgt wird – siehe hierzu auch Brand (2017). Wir ergänzen diese Perspektive durch eine stärkere Orientierung an, und einen Abgleich mit, den normativen Erfordernissen, die wir anhand der Analyse von Klimaneutralitätsszenarien gewinnen.

Technische Merkmale der Transformation

Ziel der deutschen Klimapolitik ist es, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990, bis 2040 um 88 Prozent und bis 2045 auf netto null zu senken. Eine Reihe von Studien übersetzen diese Ziele in konkrete Reduktionspfade – unter anderem Klimaneutrales Deutschland 2045 der Stiftung Klimaneutralität (Prognos et al. 2021, Agora Think Tanks 2024), die Klimapfade 2.0 des Bundesverbands der Deutschen Industrie (Boston Consulting Group 2021), der Aufbruch Klimaneutralität der Deutschen Energie-Agentur (dena 2021), die Langfristszenarien des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (Fraunhofer ISI und Consentec GmbH 2021) und der Szenarienvergleich Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045 des Kopernikus-Projekts Ariadne (2021).

Allen Szenarien gemein ist ein Verständnis von Dekarbonisierung als Prozess rationaler politischer Steuerung. Durch gezielte Maßnahmen – etwa CO₂-Bepreisung, Förderprogramme oder Infrastrukturinvestitionen – und eine geschickte Gestaltung der Märkte soll ein schrittweiser Ersatz fossiler durch klimaneutrale Systeme erreicht werden. Die Szenarien arbeiten mit komplexen Energiesystemmodellen und Modellen des Wirtschaftssystems, um technisch machbare, ökonomisch effiziente bzw. gesamtwirtschaftlich kostenoptimale Reduktionspfade zu entwerfen – bleiben jedoch zumeist auf die Systemlogik von Märkten und Technologien fokussiert.

Gemein ist diesen Studien, dass sie den Übergang zur Klimaneutralität primär als Problem politischer Steuerung verstehen, in der durch gezielte Maßnahmen und geschickte Marktgestaltung eine Substitution von fossilen Technologiesystemen und Infrastrukturen durch klimaneutrale Systeme vorangetrieben werden soll. Auf Grundlage dieses Verständnisses werden quantitative Reduktionspfade skizziert.

Trotz unterschiedlicher methodischer Herangehensweisen zeigen sich in den Ergebnissen der Studien eine Reihe von Übereinstimmungen. So beschreiben alle Studien Transformationspfade, die einen deutlichen Bruch mit aktuellen Trendentwicklungen darstellen. Alle sehen einen raschen Übergang zu erneuerbarem Strom, grünem Wasserstoff, nachhaltiger Biomasse und teilweise grünen E-Fuels vor. In allen spielt die Elektrifizierung des Energieverbrauchs eine zentrale Rolle, wobei in den Endnutzungssektoren Gebäude, Verkehr und Industrie zumeist bereits bis 2030 eine umfassende Elektrifizierung und Sektorkopplung stattfindet.

Erneuerbare Stromerzeugung steigt rasant: Photovoltaik wird bis 2030 verdoppelt bis vervierfacht, bis 2045 in einigen Szenarien verzehnfacht. Windenergieerzeugung an Land wird bis 2045 mindestens verdreifacht, in einigen Szenarien nahezu

versechsfacht. Auch die Energieeffizienz steigt deutlich, während der Endenergieverbrauch sinkt, wobei bis 2045 Gesamtreduktionen zwischen einem Drittel und der Hälfte (!) erreicht werden. Hinzu kommt ein massiver Umbau der Energie- und Transportinfrastruktur, die aktuelle Infrastrukturplanungen weit übertreffen. Schließlich erfordert das Erreichen der Klimaneutralität die Erschließung natürlicher und die Schaffung technischer Senken zur CO₂-Entnahme.

Gesellschaftliche und politische Dimensionen des Wandels

Die notwendige Anstrengung wird von den Autor*innen der Ariadne-Studie wie folgt zusammengefasst: „Die Klimaschutz-Ziele für 2030 und 2045 sind extrem herausfordernd und können nur mit massiven Investitionen, zusätzlichen politischen Maßnahmen und Infrastrukturaufbau in allen Sektoren erreicht werden“ (Kopernikus-Projekt Ariadne 2021: 4). Gutachten zeigen, dass die aktuellen Anstrengungen dazu nicht ausreichen werden (ERK 2023).

Es existiert also eine Umsetzungslücke (Perino et al. 2022) zwischen den Zielen des Klimaschutzgesetzes und den verabschiedeten Maßnahmen. Hinzu kommen bekannte Vollzugsdefizite im Umwelt- und Klimaschutzrecht, die eine reibungslose Umsetzung einmal verabschiedeter rechtlicher Instrumente in der Praxis als wenig wahrscheinlich erscheinen lassen (Ziehm 2010). Und schließlich ist langfristige Klimapolitik von einer „dynamischen Inkonsistenz“ geprägt (Kalk und Sorger 2023), die in den gleichförmigen Reduktionspfaden der Studien nicht abgebildet wird.

Die konsequente Umsetzung eines so ambitionierten Transformationsprogramms über zwei Dekaden setzt aber eine politische Konsequenz und Stabilität voraus, die dem Wesen pluralistischer Demokratien im Grunde genommen nicht entspricht, bzw. sogar in Teilen zuwiderläuft. In der Zeit bis zum avisierten Zieljahr 2045 wird es unweigerlich zu Regierungswechseln und damit zum Wandel politischer Programme und Prioritäten kommen, die zu Neuausrichtungen, Verzögerungen und möglicherweise auch Rückschritten in der Umsetzung der Klimawende führen können.² Damit einher geht das Risiko einer volkswirtschaftlich weniger effizienten und klimapolitisch weniger effektiven Umsetzung der Transformation, als es modellbasierte Berechnungen optimaler Reduktionspfade nahelegen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Transformationsszenarien nicht nur einen technischen und ökonomischen Umbau Deutschlands beschreiben, sondern auch einen Wandel zentraler gesellschaftlicher Strukturen und politischer Institutionen. Kernelemente dieses gesellschaftlichen

2 Diese zeitliche Dynamik des Politikprozesses wird gerade in Arbeiten des historischen Institutionalismus immer wieder betont. Vgl. hierzu etwa Pierson (2004).

und politischen Wandels wollen wir im Folgenden herausarbeiten. Grundlage sind dabei nach wie vor die gängigen, oben genannten Klimaneutralitätsszenarien. Um die oft implizit bleibenden Annahmen der Szenarien zu verdeutlichen, oder um

ihre Konsequenzen klarer auszuleuchten, gehen wir allerdings teilweise über die in den Szenarien genutzten Zahlen und Begriffe hinaus und interpretieren die Modellergebnisse im Lichte sozialwissenschaftlicher Konzepte.

2.2

Tiefe der Transformation: Staatliche LenkungsKapazitäten ausbauen

Die in den Szenarien beschriebenen Investitionen, Markteingriffe und langen Planungshorizonte setzen auch einen Umbau politischer Institutionen voraus, der in Szenarien angedeutet aber meist nicht explizit thematisiert wird.

So schätzt das von der Agora Energiewende (2024: 12–13) in Auftrag gegebene Investitionsgutachten, dass die für das Erreichen der Klimaziele notwendigen Gesamtinvestitionen in den nächsten Jahren bis zu 13 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts erreichen müssten, wovon etwa ein Viertel auf zusätzliche Klimaschutzinvestitionen und davon wiederum mindestens ein Viertel auf die öffentliche Hand entfalle. Interessant ist die Unterscheidung zwischen sogenannten „Ohnehin-Investitionen“ und zusätzlichen Klimaschutzinvestitionen. Erstere beschreiben eine „Umlenkung von Ausgaben für fossile Technologien hin zu klimaneutralen Investitionen“ (S. 6). Da diese Ausgaben im Rahmen laufender Investitionszyklen ohnehin anstehen würden, stellen sie keine Zusatzausgaben im engeren Sinne dar. Zentrale Instrumente für diese Umleitung sei ein sicherer CO₂-Preis, gezielte ordnungsrechtliche Vorgaben, Bereitstellung der Infrastruktur und eine Anpassung staatlicher Förderprogramme. Allerdings lässt sich an den Reaktionen auf die Rücknahme der Steuerbefreiung für Agrardiesel – deren Ankündigung Auslöser für die Bauernproteste war – sowie den strukturellen Investitionsrückständen bei der Schiene, um nur zwei Beispiele zu nennen, leicht ablesen, dass eine solche Umschichtung keineswegs problem- und konfliktfrei ablaufen dürfte. Auch die Kontroverse rund um das Gebäudeenergiegesetz, dessen Ziel ja die Umleitung privater Investitionen in klimafreundliche Technologien zur Wärmeerzeugung war, unterstreicht diesen Punkt.

Ein substanzieller Teil der Investitionen, der im Jahresdurchschnitt auf 38 Milliarden Euro beziehungsweise 0,8 Prozent des BIP geschätzt wird, liegt zudem im Bereich der öffentlichen Hand. Diese Ausgaben fallen insbesondere in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen, die aufgrund jahrzehntelanger negativer Nettoinvestitionen ohnehin

vor einem hohen Investitionsstau stehen (S. 15–16). Um diese Investitionen tätigen zu können, bedarf es umfassender politischer und rechtlicher Reformen. Nötig sei, so die Studienautor*innen, eine Reform der Schuldenbremse, eine deutliche Stärkung der Kommunen und die Überführung des Klimaschutzes in eine kommunale Pflichtaufgabe (Agora Energiewende 2024: 25–26).

Hinzu kommt der Ausbau von ressortübergreifenden Planungs- und Koordinationskapazitäten. Die durch die Klimawende notwendig werdenden Abstimmungsprozesse zwischen politischen Ebenen und Ressorts beschreibt die deutsche Energieagentur dena in ihrem Szenario als „politische Sektorkopplung“:

„Klimaneutralität braucht daher eine ganzheitliche politische Betrachtung, in der verschiedene Politikfelder – insb. Energie-, Umwelt-/Klima- und Wirtschaftspolitik – integriert und koordiniert werden. Darüber hinaus muss eine konsistente Betrachtung und Koordination der politischen Ebenen von der kommunalen Ebene bis zur Europapolitik und zu internationalen Institutionen erfolgen. Diese unbedingt erforderliche integrierte Betrachtung... kann als ‚politische Sektorenkopplung‘ beschrieben werden. Sie bedarf ... robuster Planung... koordinierter Governance.“ (dena 2021: 31)

Auch andere Klimaneutralitätsszenarien gehen davon aus, dass im Zuge der Klimatransformation staatliche SteuerungsKapazitäten ausgebaut werden müssen. So betont etwa das Umweltbundesamt, dass Städte, Kommunen und Bundesländer finanziell, personell und rechtlich erst in die Lage versetzt werden müssen, einerseits europäische und bundesdeutsche Vorgaben umsetzen und andererseits darüber hinaus auch proaktiv ihre eigenen klimapolitischen Prioritäten vorantreiben zu können (UBA 2022).

Wir interpretieren die vorgeschlagenen Änderungen in der Zusammenschau als Übergang zu einem „grünen Staat“ (Eckersley 2004, 2021) mit deutlich ausgebauten administrativen, finanziellen und industriepolitischen SteuerungsKapazitäten.

2.3

Breite der Transformation: Praktiken und Lebensstile

Klimaneutralitätsszenarien sind überwiegend strukturkonservativ. Sie gehen in ihren Modellierungen typischerweise nicht von grundlegenden Veränderungen von Lebensstilen oder Konsummustern aus. Gleichwohl erwarten alle zentralen Szenarien erhebliche Reduktionen des Endenergieverbrauchs: bis 2030 um rund 20 Prozent, bis 2045 um 45 Prozent (zwischen 33 Prozent und 55 Prozent).

Wie stark Veränderungen von Praktiken und Lebensstilen in die Modellrechnungen einbezogen werden, variiert allerdings erheblich zwischen den verschiedenen Sektoren und Szenarien. Im Wärmesektor wird szenarienübergreifend eine Reduktion des Endenergieverbrauchs zwischen einem Drittel und der Hälfte bis 2045 angenommen. Diese Einsparungen sollen vor allem durch einen deutlichen Anstieg des Einsatzes von Wärmepumpen sowie durch deutlich erhöhte Sanierungsraten erzielt werden, die im Vergleich zu heute mindestens um 50 Prozent steigen müssten.

Im Verkehrsbereich unterstellen die meisten Studien – mit Ausnahme der Ariadne-Szenarien – eine umfassende Elektrifizierung, aber auch einen je nach Szenario mehr oder weniger starken Rückgang des Anteils von Pkw am Personenverkehr. Dies soll durch einen verstärkten Wechsel auf andere Verkehrsträger, insbesondere auf die Bahn, sowie durch eine generelle Reduktion des Pkw-Bestands erreicht werden. Damit enthalten die Szenarien eine im Autoland Deutschland politisch durchaus brisante Annahme.

Im Konsumbereich schreiben viele Modelle vor allem bereits beobachtbare Trends in Richtung klimafreundlicherer Konsummuster fort. Dabei wird meist betont, dass keine weitergehenden Verhaltensänderungen in Form von Konsumeinschränkungen angenommen werden:

„Es werden in der Studie keine weitergehenden Verhaltensänderungen in Form von Konsumeinschränkungen unterstellt. Allerdings werden heute erkennbare Trends zu Konsumänderungen stärker berücksichtigt, zum Beispiel beim Markthochlauf von Fleisch- und Milch-Alternativen und synthetischem Fleisch.“ (Prognos et al. 2021: 7).

Einige Szenarien gehen über diese Fortschreibung hinaus und unterstellen explizit eine tiefgreifende „Trendumkehr“. So beschreibt etwa das Szenario KN100 der dena eine signifikante Reduktion der Zahl der Pkws bis 2045 und eine Abnahme der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche. Damit verbunden ist ein verändertes Verständnis von

Mobilität und Konsum, das sich auch auf die Ernährung erstreckt (dena 2021: 68).

Auch das Szenario Klimaneutrales Deutschland nimmt im Bereich Landwirtschaft eine Veränderung der Konsumgewohnheiten und eine entsprechend reduzierte Nachfrage an. Dennoch bleibt in der Mehrzahl der Szenarien der Fokus klar auf technischen Lösungen. Diese Schwerpunktsetzung ist sowohl historisch begründet als auch politisch bedingt: Zum einen wurden technologische Entwicklungen wie der rasche Ausbau erneuerbarer Energien in der Vergangenheit wiederholt unterschätzt, während sich tiefgreifende Lebensstilveränderungen empirisch kaum realisiert haben. Zum anderen gelten Forderungen nach gesellschaftlichem Wandel als schwer politisch anschlussfähig und damit auch als heikel im Kontext der medialen Kommunikation von Szenarienergebnissen.

Gleichwohl gewinnt das Thema Suffizienz in einzelnen Szenarien und sektoralen Teilstudien an Bedeutung – etwa im Ernährungsteil der Studie Klimaneutrales Deutschland (Agora Think Tanks 2024) oder im Rahmen des UBA-Projekts Rescue (Purr et al. 2019). Die öffentliche Resonanz solcher Szenarien hängt dabei eng mit der konkreten Ausgestaltung der Modellierung und der kommunikativen Vermittlung der Ergebnisse zusammen. Die verbreitete Praxis der technologischen Bottom-up-Modellierung trägt hier eine ambivalente Rolle: Zwar erlaubt sie detaillierte sektorale Betrachtungen, doch bleibt sie im Grundsatz strukturkonservativ und blendet mögliche tiefgreifende gesellschaftliche Entwicklungen weitgehend aus. Auch die Rolle der Vermittlung ist zwiespältig: Kommunikation wird bei der Modellierung stets schon mitgedacht – insbesondere in Bezug auf individuelle Verhaltensweisen, bei denen vorwiegend bestehende Tendenzen fortgeschrieben und lediglich „kommunizierbare Veränderungen“ in die Modelle aufgenommen werden. Problematisch wird dies dort, wo bereits in den Annahmen vorweggenommen wird, was überhaupt als gesellschaftlich resonanzfähig gilt – und damit die Transformationsbreite konzeptionell und politisch von vornherein eingengt wird.

Klar bleibt aber auch: Die Werte für Energieverbrauchsreduktionen in verschiedenen Sektoren, die Klimaneutralitätsszenarien zugrunde liegen, lassen sich nicht allein durch Effizienzsteigerungen und inkrementelle Konsumveränderungen erklären – zumindest dann nicht, wenn auch die erwartbaren Rebound-Effekte durch neue Anwendungen (man

denke nur an Digitalisierung und künstliche Intelligenz) mit einberechnet werden. Die Veränderung von Praktiken und Lebensstilen bleibt also in vielen Szenarien implizit, muss jedoch bei genauer

Betrachtung der Annahmen dieser Szenarien als unverzichtbarer Teil einer tiefen Transformation zur Klimaneutralität verstanden werden.

2.4

Dauer der Transformation: Verankerung des Wandels über Zeit

Klimaneutralitätsszenarien richten sich in erster Linie an politische Entscheidungsträger*innen. Das politische System selbst und sein gesellschaftliches Umfeld werden in den Modellierungen jedoch meist ausgeklammert. Dennoch erlauben die Szenarien Rückschlüsse auf notwendige politische Voraussetzungen und mögliche Herausforderungen – insbesondere hinsichtlich der Annahme einer langfristigen Stabilität demokratischer Politik. Denn ein zentraler Anspruch der Szenarienforschung ist die dynamische Konsistenz von Entscheidungen: Politische Maßnahmen sollen nicht nur kurzfristig wirksam, sondern auch langfristig tragfähig und anpassungsfähig sein. Die in den Szenarien berechneten Emissionspfade setzen voraus, dass getroffene Entscheidungen über Jahrzehnte hinweg Bestand haben und – wo nötig – im Laufe der Zeit angepasst werden.

Gerade für eine Transformation, die bis 2045 kontinuierlich vorangetrieben werden muss, ist dies entscheidend. So betont etwa die Deutsche Energie-Agentur die Notwendigkeit einer „robusten Planung“, die auf einem „gesamtgesellschaftlichen Konsens“ sowie auf „ökonomischer und emotionaler Teilhabe“ beruhen müsse (dena 2021). Auch die Investitionsstudie von Agora Energiewende verweist auf die zentrale Bedeutung von Planungssicherheit, etwa in der Umsetzung der Wärmeplanung:

„Das Gesetz für die WPG und die Novelle des GEG werden weitergeführt. Bis spätestens Mitte 2028 hat jede Kommune ihren Wärmeplan erstellt, Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern und Einwohnerinnen tun dies bereits bis Mitte 2026“ (Agora Energiewende 2024: 94)

Dabei kommt es nicht nur auf die Stabilität bestehender Maßnahmen an, sondern auch auf die rechtzeitige Korrektur möglicher Fehlentwicklungen. Diese reflexiven Korrekturschleifen sollen bereits bei der Planung der jeweiligen Steuerungsinstrumente berücksichtigt werden, um ein zügiges Nachsteuern zu ermöglichen. Angelegt ist eine solche Möglichkeit zum Nachsteuern in dem Instrument der Rahmengesetzgebungen, wie sie etwa dem European Green Deal und dem

Deutschen Bundes-Klimaschutzgesetz zugrunde liegen. Diese Rahmengesetze kombinieren rechtsverbindliche Ziele mit einer relativen Offenheit hinsichtlich der Instrumentenwahl und regelmäßigen Überprüfungen zur Zielerreichung. Das Klimaschutzgesetz schafft auch regelmäßige Momente des politischen Agenda-Settings, indem es Überprüfungen durch den Expertenrat für Klimafragen und die Vorlage von Klimaschutzprogrammen vorsieht. Allerdings sind solche Gesetze keine Selbstläufer. Vielmehr müssen die so geschaffenen Momente auch politisch im Sinne einer gestärkten Umsetzung genutzt werden, um eine langfristige Zielerreichung sicherzustellen. „All dies“, so die Autor*innen der Agora-Studie, „erfordert in einem demokratischen System Mehrheitsfähigkeit und eine breite gesellschaftliche Trägerschaft“ (Agora Energiewende 2024: 32).

Damit rückt ein Akteur ins Zentrum, der in den Szenarien häufig nur implizit auftaucht: die Zivilgesellschaft. Ihre Rolle besteht nicht nur darin, politische Maßnahmen mitzutragen, sondern auch darin, politischen Rückschritten entgegenzuwirken und Klimapolitik eigenständig voranzutreiben. Ein Beispiel ist das breite zivilgesellschaftliche Bündnis in den USA während der ersten Präsidentschaft von Donald Trump, das sich aus Bundesstaaten, Städten, Unternehmen und NGOs zusammensetzte und trotz nationalstaatlicher Blockaden für eine gewisse klimapolitische Kontinuität „von unten“ sorgte (Aronczyk 2024: 28).

Mehrere der untersuchten Studien heben hervor, dass die Wahrscheinlichkeit politischer Fehlentwicklungen hoch ist – und dass langfristige Klimapolitik nur durch eine breite gesellschaftliche Verankerung resilienter gestaltet werden kann (z. B. Prognos et al. 2021: 32). Dazu gehört nicht nur die Fähigkeit, Umsetzungsdefizite zu erkennen und zu korrigieren, sondern auch, Klimapolitik gegen Widerstände aufrechtzuerhalten. Erforderlich ist somit eine aktive Trägerschaft aus Bündnissen, Bewegungen und Initiativen, die Klimaziele in verschiedenen Sektoren und Ebenen verankern – und zugleich demokratische Institutionen stärken (Aykut et al. 2019). Nur

durch eine solche gesellschaftliche Verankerung lässt sich das Risiko dynamischer Inkonsistenz wirksam verringern – gerade auch angesichts von gesellschaftlichen Gegenbewegungen, wie sie aktuell in Deutschland und weltweit beobachtbar sind. Und nur so lässt sich möglicherweise auch eine Annäherung der tatsächlichen Reduktionskurven an jene der Klimaneutralitätsszenarien erwarten.

Autor:
Stefan C. Aykut